

---

**262/A XXIII. GP**

---

**Eingebracht am 04.07.2007**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Antrag**

der Abgeordneten Ing. Westenthaler  
und Kollegen

betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die XXIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates vorzeitig beendet wird

Der Nationalrat wolle beschließen:

Bundesgesetz, mit dem die XXIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates vorzeitig beendet wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

### Artikel I

Der Nationalrat wird gemäß Art. 29 Abs. 2 B-VG vor Ablauf der XXIII. Gesetzgebungsperiode aufgelöst.

### Artikel II

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

## **Begründung**

Die laufende XXIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates endet gemäß Art. 27 B-VG spätestens mit Oktober 2010. Gemäß Art. 29 Abs. 2 B-VG hat der Nationalrat jedoch das Recht, vor Ablauf der Gesetzgebungsperiode durch einfaches Gesetz seine Auflösung zu beschließen.

Aufgrund des Wahlergebnisses vom 1. Oktober des Vorjahres waren rechnerisch zwar etliche Koalitionsmöglichkeiten gegeben, aufgrund der Weigerung der Grünen und der FPÖ, Regierungsverantwortung zu übernehmen, war schließlich aber politisch keine andere als die derzeit (un)tätige Regierungszusammenarbeit möglich. Bereits bei Antritt dieser

Bundesregierung war zu befürchten - und wurde vom BZÖ auch in Anträgen entsprechend artikuliert - dass diese große Koalition geneigt ist, zur Stillstands- und Proporzpolitik der Neunziger-Jahre zurückzukehren. Wie sich nach nunmehr nicht einmal einem halben Jahr bewahrheitet hat, gelang diese Rückkehr durchaus nicht „unerfolgreich“!

Neben umgehend nach Regierungsantritt beschlossenen Belastungen für die Österreicherinnen und Österreicher stehen Postenschacher und öffentlich ausgetragene Blockadepolitik in Sachfragen im Vordergrund.

In einer Vielzahl von Bereichen herrscht derzeit chronischer Stillstand. Die wichtigsten 44 davon werden nachfolgend aufgelistet:

1. Mindestsicherung
2. Asylgerichtshof
3. Bildungsgarantie
4. 10.000 neue Plätze in BHS
5. Klassenschülerhöchstzahl von 25
6. Letztes Kindergartenjahr als Schuleingangsphase
7. Ausbau von Ganztagschulen
8. Kein Jugendlicher ohne Ausbildungsplatz
9. Verbesserung der individuellen Förderung in den Schulen
10. Weniger Klassenwiederholungen
11. weniger Geld für private Nachhilfe
12. Bessere Lehrerausbildung
13. Ausbau Katastropheneinsatzfähigkeit Bundesheer
14. Ausbau Kinderbetreuungsplätze
15. Spezielle Beschäftigungsmaßnahmen für Frauen
16. Senkung der Selbstbehalte im Gesundheitsbereich
17. Vorrang für Schadenersatz für das Opfer vor Vollzug von Geldstrafen
18. Weiterentwicklung des Unterhaltsrechts (inkl. Unterhaltsvorschuss)

19. gesetzliche Maßnahmen gegen unseriöse Gewinnspiele
20. erschwingliche Wohnungen für junge Menschen bereitstellen
21. Vertragsgebühren für Wohn- und Mietverträge abschaffen
22. Personalstand der Polizei dem Bedarf anpassen
23. unregelmäßige Zuwanderung stoppen
24. konsequenter Umgang mit straffälligen Asylwerbern, schneller Schutz bei Verfolgung
25. Ausbau Schleierfahndung
26. Soziale Absicherung von Freiwilligen
27. Sexualstraftäterdatei
28. Mehr Begleit- und Stützlehrer an Schulen
29. Einheitlicher Jugendschutz
30. Mehr Maßnahmen zum Schutz vor Alkohol, Drogenmissbrauch und Gewaltverherrlichung
31. Neue Lehrwerkstätten und Lehrberufe
32. Verpflichtende Berufsorientierung
33. Verhinderung Kriminaltourismus
34. Neue Künstlersozialversicherung
35. Erhöhung Pflegegeld
36. Neuer Pflegeberuf
37. Grundrechtsreform
38. Ausbau der Minderheits- und Kontrollrechte des Parlaments
39. Neue Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern
40. Ortstafellösung in möglichst breitem Konsens
41. Verdoppelung erneuerbarer Energieträger
42. Aktionspläne zur Lärmreduzierung und Luftreinhaltung
43. Stärkung des ländlichen Raums

#### 44. Ausbau öffentlicher Verkehr

Entsprechend groß ist die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dieser Bundesregierung. Als diesbezüglicher Gradmesser kann eine Studie im Auftrag des Gemeindebundes zum Thema: „*Zufriedenheit mit Maßnahmen bzw. Vorhaben der neuen Regierung aus Sicht der Gemeinden*“ herangezogen werden, die zu dem Ergebnis kommt, dass die Gemeinden der neuen Bundesregierung in vielen Problemfeldern mehrheitlich kein gutes Zeugnis ausstellen.

Insbesondere negativ bewerten die Gemeinden die Regierungsarbeit im Bereich „Ausbau von ganztägigen Kinderbetreuungsformen“. 41 Prozent halten dieses Thema eigentlich für wichtig, nur 16 Prozent sind mit den Maßnahmen der Bundesregierung in diesem Bereich zufrieden. Ähnlich schlecht ist dieser Wert beim „Erhalt/Ausbau von Polizeidienststellen“. Für 76 Prozent wäre das Thema von großer Relevanz, aber nur 12 Prozent finden, dass die Regierung hier in ihrem Sinne richtig handelt.

Die „Finanzierung der Pflegekosten für ältere Mitbürger“ und den „Ausbau von ganztägigen Schulformen“ sehen gar nur noch acht Prozent der Bürgermeister bei der Bundesregierung gut aufgehoben. Nur vier Prozent der Befragten sind mit der Vorgangsweise des Bundes bei der „Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung“ einverstanden.

Die größte Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit gibt es beim „Erhalt und Ausbau der bestehenden öffentlichen Verkehrsverbindungen“. 95 Prozent der Bürgermeister halten dieses Thema für wichtig, bei der Zufriedenheit mit den Taten der Bundesregierung gibt es hier einen Negativ-Saldo von minus vier Prozent.

Diese Daten sind insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache bemerkenswert, dass die überwiegende Anzahl der Bürgermeister den derzeitigen Regierungsparteien aus SPÖ und ÖVP zuzurechnen sind.

Angesichts dieser überwiegend kritischen Haltung der Gemeindepolitiker, die wohl am besten die Stimmung in der Bevölkerung wiedergibt, überrascht es nicht, dass der Präsident des Gemeindebundes Mödlhammer daraus folgende Schlüsse zieht: „Der Wunsch nach weniger Streit und mehr Kooperation in der Regierung ist sehr ausgeprägt. Die Bürgermeister aber auch die Bevölkerung haben genug von Inszenierungen und zuviel Polit-Show. Sie wollen, dass Ankündigungen und Versprechen auch eingehalten werden.“

Diese Ansicht teilen mittlerweile auch Regierungsmitglieder, wie jüngst Sozialminister Buchinger in einem Zeitungsinterview vom 30. Juni 2007, wenn er davon spricht, dass es

derzeit in der Koalition so ausschaut, dass dahingewurschtelt und nicht an einem Strang gezogen wird. Als logische Konsequenz sieht Buchinger einen neuerlichen Urnengang als *"eine Fragestellung die nicht von der Hand zu weisen ist."*

Um diesen unbefriedigenden - und letztlich von den Steuerzahlern zu finanzierenden - Zustand der Reformunwilligkeit sowie des offensichtlichen Permanentwahlkampfes der Regierungsparteien raschest zu beenden und in Ermangelung realistischer Alternativen einer Regierungszusammenarbeit, die die Umsetzung bzw. die Fortsetzung des Reformkurses der letzten sieben Jahre für Österreich sicherstellen könnte, ist aus Sicht der unterfertigten Abgeordneten der Weg für Neuwahlen freizumachen.

Dazu ist es erforderlich, die XXIII. Gesetzgebungsperiode vorzeitig zu beenden.

In formeller Hinsicht wird vorgeschlagen, diesen Antrag unter Verzicht auf die erste Lesung dem Verfassungsausschuss zuzuweisen.